



Vortrag des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, zu „Jüdisches Leben in Deutschland heute“, Bad Neustadt, 10. April 2019

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

Ich danke Ihnen, Herr Dekan Dr. Büttner, herzlich für die Einladung!

Heute gibt es in Bad Neustadt keine Jüdische Gemeinde mehr. Und doch finden sich hier Spuren jüdischen Lebens. Die alten Grabsteine auf dem 1887 angelegten jüdischen Friedhof sind stumme Zeugen einer vergangenen Zeit.

Doch bereits viel früher, und zwar im späten 13. Jahrhundert, siedelten sich Juden in Neustadt an. Der Großteil von ihnen wurde jedoch im Zuge der „Rintfleisch-Verfolgung“ von 1298 und des Pestpogroms von 1348/1349 ermordet. Im 15. Jahrhundert zogen wieder einige jüdische Familien nach Neustadt, wo sie unter dem Schutz der Würzburger Bischöfe lebten. Ab dem 19. Jahrhundert wuchs die Zahl der jüdischen Einwohner. Sie kamen aus dem Umland, beispielsweise aus Eichenhausen und Rödelmaier. In den 1850er Jahren wurde schließlich eine Kultusgemeinde errichtet und 1891/1892 konnte die Synagoge in der Bauerngasse eingeweiht werden. Es gab sogar eine private israelitische Handelsschule mit Mädchenpensionat.

Um 1900 zählte die Jüdische Gemeinde mehr als 200 Familien zu ihren Mitgliedern. Damit war etwa ein Zehntel aller Neustädter jüdischen Glaubens. Und doch sollte dies nicht lange so bleiben. Die Machtergreifung Hitlers läutete das Ende jüdischen Lebens in Bad Neustadt ein. Wer seine Heimat nicht rechtzeitig verlassen konnte, wurde deportiert. 1942 fand die letzte Deportation der Bad Neustädter Juden statt. Die Jüdische Gemeinde wurde von den Nationalsozialisten vollkommen ausgelöscht.

Verehrte Damen und Herren, es gibt leider ausreichend Anlass, darüber nachzudenken, wo unsere Demokratie heute steht und wie es um das Zusammenleben in unserer Gesellschaft bestellt ist. Ein Blick auf Deutschland und unsere Nachbarländer verdeutlicht das. Die Europäische Union steckt in einer Vertrauenskrise. In sechs Wochen wählen wir Europäer ein neues Parlament. Doch die Nachrichten, die uns in den vergangenen Wochen aus Europa erreicht haben, stimmen mich nachdenklich. Der ungewisse Ausgang des britischen BREXIT, die Gelbwesten-Proteste in Frankreich, die Kampagne des ungarischen Präsidenten Viktor Orban gegen die EU und George Soros, die steigenden Zustimmungswerte für Rechtspopulisten überall in Europa. Die Europawahl Ende Mai ist wegweisend

für die Zukunft Europas. Denn mit ihr entscheidet sich, ob wir Europäer zusammenstehen oder ob die Union auseinanderdriftet.

Wenn ich Ihnen heute Abend Einblicke gebe in den Gemütszustand der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und in die Lage in unseren Gemeinden, dann tue ich dies genau vor diesem Hintergrund.

Lassen Sie mich mit einer kleinen Anekdote beginnen:

Vor einiger Zeit veröffentlichte eine Regionalzeitung ein Interview mit mir. Thema war wie heute Abend das jüdische Leben heute.

Illustriert wurde das Interview mit einem Foto, auf dem mehrere Menschen zu sehen waren, darunter Frauen mit Kopftuch, die gemeinsam Stolpersteine putzten. Unter dem Foto stand: „Jüdisches Leben in Deutschland beim Putzen von Stolpersteinen in Berlin.“

Es liegt mir fern, mich über diese Zeitung lustig zu machen. Denn diese Bildauswahl hätte in vielen Ecken der Republik genauso getroffen werden können. Was wissen denn die meisten Menschen vom modernen jüdischen Leben in unserem Land?

In der Regel so gut wie nichts.

Und bei der verzweifelten Suche nach Fotos, auf denen etwas Jüdisches zu sehen ist, landete die Zeitung dann bei Stolpersteinen. Warum sie zur Illustration des jüdischen Lebens ein Foto auswählten, auf dem Juden und Muslime gemeinsam Stolpersteine putzten, bleibt das Geheimnis der Zeitung. Aber die damalige PR-Aktion des Zentralrats der Juden – und nichts anderes war auf dem Bild zu sehen – transportiert ja wenigstens, so hoffe ich, eine positive Botschaft.

Um gleich einem Missverständnis zu Beginn vorzubeugen:

Meine Bemerkung über die begrenzten Kenntnisse über das jüdische Leben ist nicht als Vorwurf gemeint.

Wenn ich ein Foto über modernes muslimisches Leben in Deutschland auswählen müsste, käme ich auch ins Schwitzen.

Das jüdische Leben heute in Deutschland in einem einzigen Foto abzubilden, ist ohnehin zum Glück unmöglich. Denn heute, sieben Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, ist das jüdische Leben wieder sehr vielfältig.

Das hat sehr viel mit dem Thema Einwanderung zu tun. 1990, mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, begann die Einwanderung von Juden – jüdische Kontingentflüchtlinge genannt – aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach Deutschland.



Die jüdischen Gemeinden standen plötzlich vor der Aufgabe, in großer Zahl neue Mitglieder integrieren zu müssen, Mitglieder, die vom Judentum oft wenig wussten. Von den heute knapp 100.000 Mitgliedern der 105 jüdischen Gemeinden haben rund 90 Prozent ihre Wurzeln in der Ex-Sowjetunion.

Es galt zunächst, ganz praktisch, den Zuwanderern bei Behördengängen und der Suche nach Arbeit und Wohnung zu helfen. Aber vor allem galt es, sie wieder mit ihrer Religion vertraut zu machen. Denn an deren Ausübung waren sie in der Sowjetunion weitgehend gehindert worden, so dass gerade in der jüngeren Generation kaum noch Kenntnisse der Traditionen vorhanden waren.

Über die Jahre hat sich damit in den hiesigen Gemeinden still und leise eine jüdische Willkommenskultur etabliert - lange, bevor dieser Begriff in aller Munde war. Die Zeit der Willkommenskultur in Deutschland scheint mir inzwischen weit zurückzuliegen.

Die Integration der Zuwanderer war eine große Herausforderung für die jüdische Community. Denn Zuwanderer bringen andere Kulturen und Sichtweisen mit. Solche Veränderungen lösen bei den Alt-Eingesessenen häufig Ängste und damit Abwehrreaktionen hervor.

Was sich derzeit in unserer Gesellschaft abspielt, ist uns daher nicht völlig unbekannt. Doch unterstreichen möchte ich: Verunsicherung ist legitim, Anfeindungen oder gar Gewalt gegen Einwanderer sind es nicht!

Im Gegenteil: In unseren jüdischen Gemeinden hat die Zuwanderung zu einem fruchtbaren Austausch geführt, letztlich zu einer Weiterentwicklung. Als Beispiel will ich Ihnen das Gedenken an die Schoa und den Zweiten Weltkrieg nennen. Durch unsere Zuwanderer ist zu der Opferperspektive die Sicht der Befreier hinzugekommen. Während die alt-eingesessenen Juden auf Daten wie den 9. November, den Tag der „Reichspogromnacht“, blickten, haben die zugewanderten Juden viel stärker das Datum des Kriegsendes am 9. Mai als Tag des Sieges im Fokus.

Zuwanderung bereichert und weitet den Blick. Manchmal muss um den Konsens zwischen Alt und Neu gerungen werden, aber es lohnt sich.

Das sehen wir vor allem an der zweiten Generation der seit 1990 eingewanderten Juden. Bei diesen jungen Menschen erleben wir ein neues jüdisches Selbstbewusstsein. Sie verstehen sich als deutsche Juden und betrachten Deutschland als ihr Zuhause. Ihrer Wurzeln in Russland oder der Ukraine sind sie sich dennoch durchaus bewusst.



Doch sie sind vollständig integriert: Sie sprechen fließend und akzentfrei Deutsch, sie besuchen in der Regel ein Gymnasium, machen Abitur und studieren - und betrachten eben Deutschland als ihre Heimat.

Diese Integration hat eine Generation gedauert. Das ist unsere Erfahrung, die wir auch heute in die Integrationsdebatte einbringen.

Im Zentrum stand in diesem Jahr zwar die Frage, wie Deutschland seine Grenzen sicherer machen kann und wie Flüchtlinge innerhalb der EU besser verteilt werden können. Das sind ohne Frage sehr wichtige Themen.

Mir liegt es aber sehr am Herzen, dass wir uns mindestens genauso viel, wenn nicht mehr Gedanken darüber machen, wie die Menschen, die seit 2015 in großer Zahl zu uns gekommen sind, in unsere Gesellschaft integriert werden können.

Ich halte es für notwendig, schonungslos und glasklar die aktuelle Lage zu analysieren. Rosarot hilft uns nicht weiter. Gerade in der jüdischen Gemeinschaft ist das Interesse an einer guten Integration sehr groß.

Denn ein großer Teil der Flüchtlinge kommt aus Staaten, die mit Israel tief verfeindet sind. Dort stehen die „Protokolle der Weisen von Zion“ neben anderen antisemitischen Machwerken in den Buchhandlungen. In Atlanten, die im Schulunterricht verwendet werden, ist Israel nicht auf der Karte zu finden. In Ländern wie Syrien gehört Antisemitismus quasi zur Staatsräson.

Wer mit einem solchen Feindbild groß geworden ist, legt es nicht einfach beim Grenzübertritt ab.

Deshalb gibt es in den jüdischen Gemeinden Sorgen. Denn schon jetzt existiert ein recht ausgeprägter Antisemitismus unter jungen Muslimen in Deutschland. Das haben wir 2014 bei den anti-israelischen Demonstrationen deutlich und in erschreckendem Ausmaß gespürt.

Und die antisemitischen Vorfälle in jüngster Zeit, sowohl die Angriffe auf der Straße als auch die Vorfälle in Schulen, gingen fast ausschließlich von muslimischen Migranten aus.

Es liegt uns fern, Muslime pauschal zu verdächtigen. Doch die Frage, ob dieser Antisemitismus in Deutschland zum Normalfall werden wird, muss erlaubt sein.

Wenn wir das nicht möchten, liegt viel Arbeit vor uns.

Es bedeutet, dass wir die Flüchtlinge nicht nur generell mit unseren Grundrechten wie etwa der Religionsfreiheit vertraut machen müssen. Grundrechte, die sie aus ihren Herkunftsländern nicht kennen. Wir müssen sie auch emotional erreichen. Sie müssen verinnerlichen, dass die Menschenwürde universell gilt, auch für Juden. Sie müssen einsehen, dass ihnen Schauer märchen erzählt wurden. Sie



müssen sich eingestehen, in Teilen mit einem falschen Weltbild durchs Leben gegangen zu sein.

Das ist sehr schwer. Das wäre für jeden Menschen schwer. Für Menschen, die gerade ihre Heimat, vielleicht Familienangehörige und ihren Besitz verloren haben, die traumatisiert sind und sich in einer neuen Kultur zurechtfinden müssen, ist es noch schwerer.

Deshalb erfordert es sehr viel Knowhow, sehr viel Einfühlungsvermögen und vor allem sehr viel Zeit, bis wir diese emotionale Integration erreichen können.

Es ist auch erforderlich, das Curriculum der Integrationskurse auf den Prüfstand zu stellen. Antisemitismusprävention muss Bestandteil der Kurse werden. Und selbst wenn wir eine bessere Wissensvermittlung über das Judentum in den Kursen erreichen, müssen wir uns einer Tatsache bewusst sein: Momentan ist es so, dass die Hälfte der Kursteilnehmer am Ende den Deutschttest nicht schafft. Allein aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse stoßen wir hier also an Grenzen.

Daher kann ich nur wiederholen: Nach unserer Erfahrung dauert die Integration von Zuwanderern eine Generation.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Antisemitismus unter Muslimen habe ich bereits erwähnt. Es wäre schön, wenn ich bei einem Vortrag über unser jüdisches Leben in Deutschland gar nicht über Antisemitismus sprechen müsste. Leider ist die Realität eine andere.

Antisemitismus, wie wir ihn heute erleben, ist ein vielschichtiges Phänomen. Zum muslimischen Antisemitismus, bei dem häufig historische Fakten bewusst verdreht werden und der Hass auf Israel auf alle Juden übertragen wird, kommt der Antisemitismus von Rechtsaußen. Hier werden meistens die ganz alten Vorurteile gegen Juden wieder hervorholt.

Und es gibt einen Antisemitismus, der bis in die Mitte der Gesellschaft reicht, leider häufig in politisch linken und auch in kirchlichen Gruppen anzutreffen ist, und der unter dem Deckmantel der Kritik an Israel verbreitet wird.

Lassen Sie mich auf diese Form des Israel-bezogenen Antisemitismus kurz eingehen:

Israel hat in Deutschland insgesamt einen besonderen Stellenwert. Das gilt natürlich vor allem für die Politik. Doch wenn wir uns die Debatten in unserem Land anschauen, lässt sich feststellen: Es gibt kaum ein anderes Land dieser Größe – Israel ist etwa so groß wie Hessen – dass so viel Aufmerksamkeit und so viel Kritik erntet wie Israel. Israel zu kritisieren, ist in weiten Teilen der



Bevölkerung fast so etwas wie ein Gesellschaftssport geworden. Der Rückhalt für Israel schwindet.

Es geht nicht darum, dass man Israel nicht kritisieren dürfte. Jeder ist frei darin, die Politik der israelischen Regierung zu bewerten. Wir erwarten allerdings, dass an Israel die gleichen Maßstäbe und keine strengeren angelegt werden als an andere Staaten. Auch Vereinfachungen, bei denen die Israelis pauschal als Täter und die Palästinenser als Opfer dargestellt werden, werden der Komplexität des Nahostkonflikts in keiner Weise gerecht. Häufig werden gleich alle Juden in Haftung genommen für Ereignisse in Israel.

Wieso konnte sich der Begriff „Israel-Kritik“ einbürgern? Es gibt aber nicht Ausdrücke wie „Nordkorea-Kritik“. Wieso bilden sich Gruppen, die israelische Waren besonders etikettieren oder gar boykottieren wollen? Wieso werden keine Waren aus Diktaturen boykottiert?

Leider hat dieser Umgang mit Israel oft nichts mehr mit einer sachlichen Kritik zu tun. Nein, es ist der alte Antisemitismus in neuem Gewand, dem wir begegnen.

Vor allem in den sozialen Netzwerken sind alle Erscheinungsformen des Antisemitismus in voller Entfaltung anzutreffen. Im Juli 2018 hat eine Studie der Technischen Universität Berlin belegt, dass der Antisemitismus im Netz ein bislang nie dagewesenes Ausmaß erreicht hat.

Ich hoffe, dass das neue Netzwerkdurchsetzungsgesetz noch mehr Wirkung gegen Hate Speech entfalten wird. Es ist zwar auf sehr viel Kritik gestoßen. Insofern ist es wichtig, nach einer Evaluierung gegebenenfalls nachzubessern. Doch dass sich der Staat von Internet-Giganten wie Facebook oder Google nicht alles bieten lässt und verhindert, dass dort rechtsfreie Räume entstehen, das ist meines Erachtens unerlässlich. Daher hat der Zentralrat der Juden dieses Gesetz begrüßt. Und glauben Sie mir: Wir wissen aus leidvoller Erfahrung, wovon wir sprechen!

Die Bekämpfung des Antisemitismus muss meines Erachtens auf vielen verschiedenen Ebenen stattfinden. Daher war es auch ein sehr wichtiger Schritt, dass die Forderung des Zentralrats der Juden nach einem Antisemitismusbeauftragten auf Bundesebene umgesetzt wurde. Und ebenso ist es sehr zu begrüßen, dass auf Länderebene auch Beauftragte berufen wurden bzw. noch berufen werden sollen. Bayern war unter den ersten Bundesländern, die einen Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus ernannt haben. Und mit Herrn Dr. Spaenle wurde dafür, wie ich meine, eine hochkompetente Persönlichkeit gefunden.

Die neuen Antisemitismusbeauftragten haben jetzt die Möglichkeit, kontinuierlich und ressortübergreifend Strategien gegen Judenhass zu entwickeln. Darin liegt eine große Chance.



In der Bekämpfung des Antisemitismus kommt zudem den Schulen eine Schlüsselrolle zu. In jüngster Zeit sind mehrere Fälle von antisemitischen Übergriffen auf Schüler bekannt geworden. Und was bekannt wird, ist nur ein Bruchteil dessen, was wirklich passiert. Es gibt kaum jüdische Schüler auf staatlichen Schulen, die noch nicht Antisemitismus am eigenen Leib erfahren haben.

Übrigens nicht nur durch Mitschüler, sondern manchmal auch durch Lehrer. Und sicherlich nicht immer böswillig, sondern mitunter einfach durch eine Unbedachtheit oder mangelnde Sensibilität. Das macht die Sache unterm Strich allerdings nicht besser.

Der Zentralrat der Juden hat daher eine Kooperation mit der Kultusministerkonferenz begonnen, um die Lehrerfortbildung und die Lehrmaterialien zu verbessern.

Gemeinsam haben wir zunächst Ende 2016 in einer Erklärung das Ziel formuliert, die jüdische Religion, Kultur und Geschichte breiter als bislang in den Schulen zu vermitteln. Das soll auch in der Aus- und Fortbildung von Lehrern künftig eine größere Rolle spielen. Denn bisher kommen Juden als Thema in der Schule fast ausschließlich als Opfer vor. Meist fokussiert auf die Zeit von 1933 bis 1945. Wie sehr das Judentum Jahrhunderte davor als auch danach Deutschland geprägt hat, fällt häufig unter den Tisch.

Um unsere gemeinsame Erklärung mit der KMK mit Leben zu füllen, haben wir als ersten Schritt eine kommentierte Materialsammlung für Lehrer online gestellt. Darin finden sie für verschiedene Fächer und Klassenstufen Anregungen für die Unterrichtsgestaltung zu den genannten Themen.

Wir hoffen, dass die Schul- und Kultusministerien der Länder für eine Verbreitung dieser Materialien sorgen und in der Lehrerfortbildung einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Antisemitismus legen.

Denn die Lehrerinnen und Lehrer stehen hier vor einer riesigen Herausforderung. Damit dürfen wir sie nicht allein lassen!

Daneben hat der Zentralrat der Juden ein weiteres Projekt gestartet, das dem Abbau von antisemitischen Vorurteilen dienen soll. Es nennt sich „Likrat – Jugend und Dialog“. Der hebräische Begriff Likrat bedeutet „aufeinander zu“.

Für das Projekt haben wir inzwischen rund 150 Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren ausgebildet. Sie besuchen jeweils in Zweier-Teams Schulklassen. Dort erklären sie gleichaltrigen Schülern – also auf Augenhöhe – was ihr Judentum ausmacht, wie ihr jüdischer Alltag aussieht, und – ja auch welchen Vorurteilen sie mitunter ausgesetzt sind. In mehreren Seminaren bereiten wir die Jugendlichen



auf ihre Einsätze in Schulen vor, damit sie sowohl für alle Fragen als auch gegen mögliche verbale Attacken gewappnet sind.

Für die Schulklassen ist dies häufig das erste Mal, dass sie Juden in ihrem Alter kennenlernen. Die Hemmschwelle, alle Fragen loszuwerden, ist gegenüber Gleichaltrigen natürlich viel niedriger als gegenüber Erwachsenen oder gar Autoritätspersonen wie einem Rabbiner. Daher kommen meistens sehr lebhaftes Gespräche zustande. Und die Jugendlichen gehen mit einer sehr wichtigen Erkenntnis nach Hause: Die sind zwar jüdisch, aber eigentlich gar nicht anders als wir. Viele Vorurteile fallen dann in sich zusammen.

Darüber hinaus liegt mir am Herzen, was ich schon seit längerem öffentlich fordere: Gedenkstättenbesuche von Schülern.

An den authentischen Orten können junge Menschen auch heute noch die Dimension der NS-Verbrechen viel besser erfassen als aus dem Schulbuch. Empathie mit den Opfern und Verantwortungsbewusstsein entstehen nicht anhand nackter Zahlen. Eine individuelle Auseinandersetzung mit der Nazizeit gelingt besser an den Orten, an denen die Verbrechen geschahen.

Auch für Schüler mit Migrationshintergrund finde ich solche Besuche in Gedenkstätten sinnvoll. Ich bin gar nicht pessimistisch, dass sich die Erinnerung an die Schoa nicht auch in einer Migrationsgesellschaft vermitteln lässt.

Unter den Migranten sind viele Menschen, die selbst Diskriminierung und Rassismus erlebt haben oder immer noch erleben. Es sind Menschen darunter, deren Familien aus ihrer Heimat fliehen mussten, Menschen, die in Diktaturen, in Flüchtlingslagern oder Armut gelebt haben. Warum sollten diese Menschen weniger in der Lage sein, Empathie für die Opfer der Schoa aufzubringen? Oder warum sollten sie weniger interessiert sein an der Frage, wie es dazu kommen konnte.

Vor dem Hintergrund der Migrationsgesellschaft und der Tatsache, dass immer weniger Zeitzeugen unter uns sind, müssen wir uns ohnehin Gedanken über eine moderne Erinnerungskultur machen.

Es würde jetzt zu weit führen, die Debatten über eine Fortentwicklung der Gedenkkultur auszuführen. Ein Projekt, das mir am Herzen liegt, will ich aber erwähnen:

Es sind die Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig. In mehr als 20 Ländern Europas sind mittlerweile rund 70.000 Steine verlegt worden. Auch in meiner Heimatstadt Würzburg sind es schon mehr als 500 Stolpersteine.



Die Stolpersteine werden in der jüdischen Gemeinschaft nicht einhellig begrüßt. Die meisten von Ihnen werden wissen, dass eine meiner Amtsvorgängerinnen, Charlotte Knobloch, kein Freund der Stolpersteine ist.

Warum befürworte ich Sie?

Die Stolpersteine überraschen uns mitten im Alltag. Ich nehme mir manchmal die Zeit, in meiner Heimatstadt Würzburg am Kaufhof die Passanten zu beobachten. Nicht wenige bleiben abrupt stehen, wenn sie die kleinen Messingsteine entdecken, die dort zur Erinnerung an die früheren jüdischen Kaufhausbesitzer Ruschkewitz liegen.

So werden die Bürger mit der Geschichte konfrontiert, ohne dafür aktiv einen Erinnerungsort oder ein Museum aufsuchen zu müssen.

Zugleich wird für jedermann sichtbar: Die Juden, die im Nationalsozialismus entrechtet, verfolgt und ermordet wurden, lebten ganz normal mitten in der Stadt. Sie verschwanden, und die wenigsten haben sich dafür interessiert, wohin.

Die Stolpersteine regen zum Nachdenken und Nachfragen an. Sie werfen sehr direkt die Frage auf, wie die Verfolgung so vieler unschuldiger Menschen möglich war, obwohl sie nicht im Geheimen geschah.

Zum Kunstprojekt Stolpersteine gehört auch die Recherche, die der Verlegung eines Steins vorausgeht. Gunter Demnig macht es den Menschen zum Glück nicht bequem und erledigt das für sie. Wer einen Stolperstein verlegen lassen möchte, wird Pate dieses Steins und muss selbst nachforschen: Wer wohnte in meinem Haus? Wohin wurden die Menschen verschleppt? Wie wurden sie ermordet? Gibt es noch Angehörige? Durch diese Recherchen findet eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit statt, wie sie intensiver kaum vorstellbar ist.

Jeder einzelne Stein offenbart ein Schicksal. Und jeder einzelne Stein macht deutlich, warum diese Zeit nicht ein „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte war, wie uns das ein AfD-Politiker weismachen wollte, dessen Name nicht erwähnenswert ist.

Zugleich möchte ich deutlich machen: Stolpersteine haben keinen Alleinvertretungsanspruch. Es gibt natürlich auch andere sehr gute Formen des Gedenkens. Ich bin sehr froh, dass sich die Stadt München nach jahrelangen Diskussionen für Stelen und Gedenktafeln entschieden und damit ihren Streit beigelegt hat.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, ich halte die Sensibilisierung gerade junger Menschen für den Umgang mit Minderheiten in diesen Zeiten für wichtig wie nie.



In Deutschland kommt es zunehmend wieder in Mode, Menschen nach ihrer Herkunft oder ihrer Hautfarbe zu beurteilen. Merkwürdige Definitionen, wer dazugehört und wer nicht, greifen um sich. Auch wir Juden erleben regelmäßig, dass wir wie Ausländer wahrgenommen werden.

Rechtspopulistische Parteien wie die AfD schüren genau diese Stimmung im Land. Über das Internet findet die soziale Ausgrenzung nicht nur rasend schnell Verbreitung, sondern radikalisiert sich in einer erschreckenden Dynamik.

Hier sind wir als Kirchen und Religionsgemeinschaften mit unserem Menschenbild als Gegenmodell ebenso gefragt wie die übrigen demokratischen Kräfte der Zivilgesellschaft. Gemeinsam müssen wir nicht nur unsere Stimme erheben, sondern auch aktiv die Menschen unterstützen, die den Mut haben, sich den Feinden der Demokratie in den Weg zu stellen.

Ein Beispiel will ich Ihnen erzählen:

Der evangelische Pastor Wilfried Manneke aus der Lüneburger Heide veranstaltet mit Mitstreitern aus der Landeskirche und der Zivilgesellschaft seit Jahrzehnten Protestkundgebungen, Mahnwachen und Gottesdienste gegen die Neonazis in seiner Region. Er ist dafür von den Rechtsextremisten schon bedroht worden. Einmal wurde ein Molotowcocktail aufs Pfarrhaus geworfen, wo er mit seiner Familie lebt. Zum Glück ging dieses Attentat recht glimpflich aus. Niemand wurde verletzt.

Diesen mutigen Mann hat der Zentralrat der Juden in Deutschland im vergangenen Jahr mit dem Paul-Spiegel-Preis für Zivilcourage ausgezeichnet. Solche Anerkennung brauchen Menschen wie Pastor Manneke. Sie brauchen das als Ermutigung, um ihr Engagement fortzusetzen. Und eine solche Auszeichnung steigert auch ihre Bekanntheit. Das ist wichtig, weil diese Menschen Vorbilder sind.

An dieser Stelle möchte ich Paul Spiegel sel. A. zitieren, nach dem der Preis benannt ist. Der frühere Zentralratspräsident sagte im Jahr 2000 unter dem Eindruck des Anschlags auf die Synagoge in Düsseldorf:

„Wir dürfen bei der Bekämpfung von Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit nicht innehalten. Denn es geht nicht allein um uns Juden, um Türken, um Schwarze, um Obdachlose, um Schwule. Es geht um dieses Land, es geht um die Zukunft jedes einzelnen Menschen in diesem Land.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Land befindet sich derzeit in einer Schiefelage nach rechts. Das konnte Paul Spiegel sel. A. damals noch gar nicht erahnen. Aber er wusste: Wenn wir den Kampf gegen Hass und Gewalt nicht aufnehmen, haben wir schon verloren.



Der Verfassungsschutz weist darauf hin, dass die rechtsextreme Szene wächst und sich immer besser vernetzt. Die Bilder aus Chemnitz und Dortmund im vergangenen Sommer haben uns bewusst gemacht, wie gewaltbereit diese Menschen sind.

Angesichts der genannten gesellschaftlichen Entwicklungen gibt es in der jüdischen Gemeinschaft definitiv eine Verunsicherung. Die wenigsten denken konkret über Auswanderung nach. Aber das Wort schleicht sich wieder in die Köpfe.

Um es bildlich auszudrücken:

Nach dem Krieg gab es das geflügelte Wort, wir säßen auf gepackten Koffern. Das traf die Situation der tausenden jüdischen Displaced Persons sehr gut. Später konnte man durchaus davon sprechen, die Koffer seien jetzt ausgepackt. Inzwischen hat sich das wieder verändert: Wir schauen jetzt schon mal nach, wo wir die Koffer verstaut haben und ob sie noch funktionsfähig sind. Auch wenn den meisten von uns der Gedanke, tatsächlich auszuwandern, fremd ist.

Noch vertrauen wir darauf, dass Deutschland als stabile Demokratie die momentane Schiefelage korrigieren kann. Wir vertrauen darauf, dass die Mehrheit der Bevölkerung Werte wie Toleranz und Respekt lebt.

Die Wahlerfolge der AfD sind erschreckend, aber kein Grund für Hysterie. Dennoch warne ich davor, dass wir uns an die AfD gewöhnen. Auch bei uns in Bayern sitzen jetzt AfD-Vertreter im Landtag.

Es muss das Ziel aller Demokraten bleiben, die AfD wieder aus den Parlamenten zu verbannen. Stammtischparolen gehören ins Wirtshaus, nicht in Plenarsäle.

Die Kirchen leisten mit ihrer klaren Abgrenzung zur AfD und zu jeder Form von Menschenfeindlichkeit einen wichtigen Beitrag dazu, Deutschland aus der Schiefelage herauszubringen. Für die jüdische Gemeinschaft sind Sie wichtige Partner!

Wir begrüßen daher auch ausdrücklich den Beschluss des Deutschen Evangelischen Kirchentags, Repräsentanten der AfD nicht auf Podien und Diskussionsveranstaltungen des Kirchentags im Juni in Dortmund einzuladen. Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sollen auf dem Kirchentag keinen Platz haben. Dann ist es die logische Konsequenz, die AfD nicht einzuladen.

Wir haben dies bei der Gedenkveranstaltung zum 9. November genauso gehandhabt. Es wäre für uns unerträglich gewesen, Vertreter dieser Partei an diesem Tag unter uns zu wissen.



Was mir trotz der Wahlerfolge der AfD Mut macht, ist die demokratische Aufbruchstimmung im Land, die sich nach meinem Eindruck breitmacht. In vielen Städten Deutschlands gab es in jüngster Zeit große Demonstrationen für Toleranz, gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Ich habe den Eindruck, dass viele Bürger aufgewacht sind und das Erstarken des rechten Rands nicht einfach hinnehmen wollen.

Ich habe jetzt einiges über die Lage der jüdischen Gemeinden und die politische Lage in Deutschland gesagt. Zum religiösen Gemeindeleben und zum interreligiösen Dialog jedoch noch gar nichts. Beides ist mir jedoch sehr wichtig, und daher möchte ich jetzt auf diese Themen näher eingehen.

In mancherlei Hinsicht sitzen wir, also jüdische Gemeinden und christliche Kirchen, im selben Boot. Das Verständnis für Religion und die Kenntnisse über Religion schwinden in unserer Gesellschaft. In Kombination mit der demographischen Entwicklung spiegelt sich das auf fatale Weise in den Mitgliederzahlen der Kirchen wider.

Auch in den jüdischen Gemeinden sinkt die Zahl der Mitglieder. Die Altersstruktur ist ungünstig: 47 Prozent, also fast die Hälfte unserer Mitglieder sind über 60 Jahre alt.

Daher versucht der Zentralrat der Juden auf verschiedene Weise die jüdischen Gemeinden darin zu unterstützen, neue Mitglieder zu gewinnen. In diesem Herbst haben wir – um ein aktuelles Beispiel zu nennen – das Familienprogramm „Mischpacha“ gestartet. werdende und junge Eltern bekommen Elternbriefe, die speziell auf die jüdische Erziehung des Kindes ausgerichtet sind. Es geht dann also nicht nur um die besten Tipps für den Wickeltisch, sondern zum Beispiel um kindgerechte Gebete oder Vorschläge, wie Feiertage kindgerecht gestaltet werden können. Dadurch versuchen wir, die jungen Familien zu animieren, Kontakte in den Gemeinden zu suchen und dort zum Beispiel Kindergottesdienste selbst mitzugestalten.

Denn wir alle wissen: Wer mit dem Start ins Berufsleben und Familiengründung beschäftigt ist, nimmt sich meistens nur noch wenig Zeit für so etwas wie Gemeindeleben. Diese Prioritätensetzung ist in der Lebensphase nur allzu verständlich, und war bei mir selbst übrigens nicht anders.

Uns muss es aber gelingen, dass diese Abwesenheit in den Gemeinden wenigstens nur eine vorübergehende bleibt. Darum bemühen wir uns mit immer wieder neuen Projekten.



Zugleich versuchen wir, die jüdische Identität der jungen Familien zu stärken und ihnen die Religion zu vermitteln. Denn das Zentrum unserer Gemeinden bildet jeweils die Synagoge.

Mir ist dies besonders wichtig zu betonen in einer Zeit, in der die Religionsgemeinschaften in unserer Gesellschaft um ihren Stellenwert ringen müssen. In der manches, was jahrzehntelang selbstverständlich war, in Frage steht.

Dass das Judentum trotz aller Anfeindungen, aller Verfolgung, aller Pogrome und trotz des größten Verbrechens, der Schoa, überlebt hat, das lag und liegt bis heute an diesem Kern: der Religion. Die zehn Gebote, die uns am Berg Sinai übergeben wurden, die Tora, in der unsere Religion niedergelegt ist – dieses Wissen und diese Werte wurden über Generationen weitergegeben und haben uns Orientierung verliehen. Ohne unsere Gebete und Segenssprüche wären familiäre Feiern wie an Schabbat oder zu Pessach nur eine leere Hülle. Ohne den religiösen Kern hätte die Tradition niemals über Jahrtausende Bestand gehabt.

Es ist ja eine widersprüchliche Haltung, die wir in der Gesellschaft erleben: In Zeiten einer steigenden Religionsferne ist dennoch Religion ständig Thema. Zugleich findet eine inhaltliche Entleerung statt.

In unseren öffentlichen und medialen Debatten spielt Religion vor allem eine Rolle als politische Frage, als Machtfrage und als ethnische Frage.

Nur um die religiösen Inhalte geht es zumindest in der Öffentlichkeit kaum noch. Die Frage, was Christen, Juden und Muslime in ihrem Glauben unterscheidet und was sie verbindet, was ihren jeweiligen Glauben ausmacht – das spielt nur noch eine sehr untergeordnete Rolle.

Debatten über den politischen Einfluss der großen Weltreligionen sind sicherlich auch interessant und wichtig. Aber sie sind kein Dialog über den religiösen Kern und in der Regel auch kein Dialog zwischen den Religionen.

Das müssen wir uns vergegenwärtigen, wenn wir über die Zukunft des christlich-jüdischen Dialogs nachdenken.

Einen Dialog kann ich nur führen, wenn ich meinem Gegenüber wirkliches Interesse entgegenbringe. Oder wie es der frühere Bundespräsident Johannes Rau – ein überzeugter evangelischer Christ - einmal gesagt hat:

Ich zitiere:

„Wer sich auf einen Dialog einlässt (...), der hat bereits eine fundamentale Grundentscheidung getroffen (...). Er hat allein durch die Tatsache, einen Dialog zu führen, anerkannt, dass er nicht allein im Vollbesitz der ganzen Wahrheit ist.“



(....) Wer in einen Dialog eintritt, der lässt sich darauf ein, dass der andere vielleicht recht haben könnte.“

Sich darauf einzulassen, dass der Andere Recht haben könnte – das war über Jahrhunderte in den christlichen Kirchen in Bezug auf das Judentum undenkbar. Erst die Schoa hat in beiden Kirchen dazu geführt, den uralten, eigenen Antijudaismus zu hinterfragen und das Judentum als gleichwertig anzuerkennen.

Und ich wage zu behaupten: Dieser Prozess ist in den Kirchen noch immer nicht abgeschlossen. Da wären stichpunktartig auf evangelischer Seite zu nennen: eine klare Distanzierung vom Kairos-Dokument sowie von jeglicher Form von Judenmission auch bei evangelikalen Freikirchen.

Mit Blick auf die katholische Kirche will ich erwähnen: die lateinische Karfreitagsfürbitte, die Anerkennung der Pius-Bruderschaft sowie das immer noch laufende Verfahren zur Seligsprechung von Papst Pius XII. Die Ankündigung von Papst Franziskus, die Archive zu Papst Pius XII. zu öffnen, begrüße ich. Ich hoffe, dass uns die Akten Aufschluss geben können über die Haltung von Pius XII. während der Schoa.

Einige dieser Punkte sind uns auch deshalb so wichtig, weil sie zum Israel-bezogenen Antisemitismus beitragen, den ich bereits erwähnt habe. Eine grundsätzliche Solidarität mit dem Staat Israel und ein deutliches Bekenntnis zur bleibenden Verantwortung Deutschlands für Israel erwarten wir von den Kirchen. Es reicht nicht, die Verbrechen der Schoa rückblickend zu verurteilen. Sie müssen Konsequenz für unser Handeln bis heute haben.

Wenn Sie diese unmissverständliche Haltung in Ihre Kirchengemeinden hineinragen, können Sie damit einen essenziellen Beitrag leisten, um den Antisemitismus in Deutschland einzudämmen.

Es gehört zu einem ehrlichen Dialog, über diese Punkte zu sprechen.

Zugleich wissen wir auf jüdischer Seite die immense Entwicklung zu schätzen, die beide Kirchen seit Ende des Zweiten Weltkriegs gemacht haben. Neben EKD-Denkschriften und der Synoden-Erklärung zum Reformationsjubiläum sowie auf katholischer Seite der Konzilserklärung *Nostra Aetate* und deren Bestätigung 50 Jahre später möchte ich auf ein Beispiel aus der jüngsten Zeit verweisen. Hier zeigte sich jenseits von Erklärungen, nämlich im konkreten Handeln, wie fest das christlich-jüdische Fundament über die Jahrzehnte geworden ist: Ich spreche von der Beschneidungsdebatte 2012.

Im Urteil des Kölner Landgerichts, das den Stein ins Rollen brachte, ging es um die Beschneidung eines muslimischen Jungen. Dennoch rückten in der



öffentlichen Debatte sofort wir Juden ins Zentrum der Vorwürfe und der Kritik. Die Kirchen hätten dies in aller Ruhe beobachten können, ohne sich zu rühren.

Taten sie aber nicht.

Sie zeigten sofort und öffentlich Solidarität und setzten sich vehement für die weitere Erlaubnis der Beschneidung ein. Noch immer sind die Kirchen große gesellschaftliche Player. Sie machten ihren Einfluss geltend und sprangen zwei Minderheiten in diesem Land bei.

Denn die Kirchen hatten sofort erkannt: Hier geht es um die Zukunft des jüdischen und muslimischen Lebens in Deutschland. Und hier geht es um etwas sehr Prinzipielles: um die Religionsfreiheit.

Um die Freiheit der Religionsgemeinschaften, eigenständig über ihre Riten zu entscheiden. Und es ging auch darum, in einer Gesellschaft das Verständnis für Bedürfnisse der Religionsgemeinschaften zu erhalten bzw. neu zu wecken.

Dieser Zusammenhalt von christlichen Kirchen, jüdischer und muslimischer Gemeinschaft in dieser speziellen und zugleich für Juden und Muslime existenziellen Frage hat erheblich dazu beigetragen, dass sich im Bundestag eine Mehrheit für das Beschneidungsgesetz fand.

Und ich bin mir sicher: Solche Situationen werden sich wiederholen. Denn so wie in unserer Gesellschaft die Kirchenbindung schwindet, schwindet auch der Respekt vor den Religionen.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

ich bin kein Rabbiner und beschäftige mich auch nicht wissenschaftlich mit dem jüdisch-christlichen Dialog. Meine Erfahrungen stammen weitestgehend aus der Praxis.

Auf zwei Themen, die immer wieder in der Debatte über den christlich-jüdischen Dialog eine Rolle spielen, möchte ich aber noch kurz eingehen.

Zum einen die Frage: Brauchen wir nicht viel dringender einen christlich-jüdisch-muslimischen Dialog?

Dazu sage ich ein klares Nein. Und um nicht missverstanden zu werden: Selbstverständlich brauchen wir das Gespräch mit muslimischen Verbänden und muslimischen Persönlichkeiten. Das geschieht ja auch schon. Die beiden Kirchen und wir Juden sind im Austausch mit muslimischen Verbänden. Die Tatsache, dass es nicht einen großen muslimischen Verband gibt, der die deutliche Mehrheit der



Muslime in Deutschland vertritt, macht das Gespräch etwas schwieriger, aber verhindert es nicht.

Und je mehr islamisch-theologische Lehrstühle wir in Deutschland haben und je mehr es muslimischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen gibt, desto häufiger ergeben sich ohnehin Begegnungen. Desto notwendiger wird allerdings auch der Austausch.

Wenn jedoch ein christlich-jüdisch-muslimischer Dialog unseren bisherigen Dialog ersetzen sollte, dann halte ich dies nicht für sinnvoll. Denn der Dialog des Christentums mit seinem älteren Bruder ist unerlässlich.

Ich habe Ihnen eben nur Stichworte hingeworfen zu den immer noch ungeklärten Fragen zwischen Juden und Christen. Uns allen ist klar, wie komplex die Sachverhalte sind, die sich hinter jedem einzelnen Stichpunkt verbergen.

Und glauben Sie mir, Rabbiner und christliche Theologen sind viel zu diskussionsfreudig, um nicht noch für Jahrzehnte ausreichend Stoff für den Dialog zu haben!

Zum zweiten: Sollten wir statt eines interreligiösen Dialogs besser einen interkulturellen Dialog führen, der auch die wachsende Zahl säkularer Menschen einbezieht und vielleicht auch jüngere Menschen stärker anspricht?

Auch hier sage ich ein klares Nein.

Allein in unserer eigenen jüdischen Gemeinschaft haben wir einen Prozess hinter uns, damit aus Kulturgemeinden keine Kulturgemeinden wurden. Denn wir haben viele Menschen integriert, die nur noch einen kulturellen Bezug zum Judentum mitbrachten.

Und wenn ich im September im Supermarkt Adventskalender sehe oder schon kurz nach Dreikönig Schokoladen-Osterhasen, dann wird allein an diesem profanen Beispiel ja deutlich, wie weit die Gesellschaft von Religion schon weg ist, und was übrig bleibt, wenn religiöse Feste nur noch als Folklore gesehen werden.

In unserer Gesellschaft regelt sich vieles nach Angebot und Nachfrage. Hier, in diesem Kreis, muss ich nicht erklären, dass unsere Religionen ein zeitloses Angebot darstellen. Wir müssen es so attraktiv vermitteln, dass die Nachfrage auch bei den jüngeren Generationen erhalten bleibt. Denn das Angebot dürfen wir nicht verwässern, sonst werden wir austauschbar.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser Vortrag war überschrieben mit dem Titel: „Jüdisches Leben in Deutschland heute“.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen ein paar Eindrücke vermitteln. Ich habe Ihnen auch von unseren Sorgen berichtet und von Bedrohungen des jüdischen Lebens.



Dennoch überwiegt bei uns das Vertrauen in diesen Staat und in die breite Mehrheit seiner Bürger.

Ich denke, dass haben Sie gespürt.

Daher möchte ich schließen mit einem meiner persönlichen Leitsprüche. Er stammt von David Ben-Gurion, dem ersten Ministerpräsidenten von Israel: „Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.“

